



Der Vorsitzende des
Ausschusses f. Wirtschaft, Beschäftig., Digitalis.,
Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 01.07.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses f. Wirtschaft, Beschäftig., Digitalis., Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herr Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung u. Gesundheit
am Dienstag, 6. Juli 2021, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

**HINWEIS: Es wird empfohlen, während der
gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.**

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.05.2021

2. 21-F-60-0002

ANLAGE

Sondernutzungsgebühren für den Wiesbadener Einzelhandel gerecht und einfach gestalten

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Volt vom 11.05.2021-
- Beschluss Nr. 219 der Stadtverordnetenversammlung vom 20.05.2021 -
- Mündlicher Bericht des Dezernates V -

3. 21-A-83-0003

Vorstellung des Amtes für Innovation, Organisation und Digitalisierung

4. 21-V-02-8012

DL 25/21, DL 15/21-1

Masterplan Innenstadt Endbericht

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 06.07.2021 -

5. 21-F-22-0001

ANLAGE

Konzept Innenstadt neu denken

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 11.05.2021 -
- Beschluss Nr. 217 der Stadtverordnetenversammlung vom 20.02.2021 -

6. 21-F-20-0007

ANLAGE

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD zum TOP 7, TO I (Konzept Innenstadt neu denken) der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2021

- Beschluss Nr. 218 der Stadtverordnetenversammlung vom 20.02.2021 -

7. 21-F-22-0010

Die Geschichte Wiesbadens analog und digital erlebbar machen

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 30.06.2021 -

Nach der Corona-Pandemie gilt es die Wiesbadener Innenstadt nach Kräften wiederzubeleben und langfristig zu stärken, um die Folgen für Gastronomie und Handel schnellstmöglich auffangen zu können. Um die Attraktivität und Sogwirkung sowohl für Wiesbadenerinnen und Wiesbadener als auch für Touristen in der Landeshauptstadt kreativ und nachhaltig zu (re)aktivieren, werden gerade verschiedene Maßnahmen erprobt. Dabei ist die Belebung der Innenstadt einhergehend mit mehr Traffic in sowohl im Einzelhandel als auch in der Gastronomie als übergeordnetes Ziel zu bezeichnen. Dem Stadtmarketing unserer Landeshauptstadt kommt hierbei besondere Bedeutung zu. Da Wiesbaden über eine reiche und vielfältige Geschichte verfügt, die im öffentlichen Raum mit Ausnahme von einigen Bronzetafeln aus den 1970er Jahren kaum sichtbar ist, besteht ein sehr sinnvoller Ansatzpunkt zur nachhaltigen und kreativen Attraktivitätssteigerung und somit der Wiederbelebung der Innenstadt in einem modernen Konzept unter dem Arbeitstitel „Historisches Wiesbaden“.

Ein integriertes Gesamtkonzept, durch das die Geschichte im öffentlichen Raum durch neue Beschilderungen sichtbar gemacht wird, ist ein echtes Erlebnis im öffentlichen Raum. Es kann die Attraktivität einer Innenstadt für Besucher und Einheimische gleichermaßen steigern, da digital-innovative Lösungen sowohl aufmerksamkeitsstark sind als auch den Erlebnischarakter beim Einkaufen, Verweilen und Speisen stärken. Sie sind eine Mischung aus Information und Unterhaltung und aus diesem Grund besonders erstrebenswert.

Nicht nur für Stadtführungen setzen immer mehr Kommunen auf Digitalisierung anstatt auf klassische Hinweisschilder. QR-Codes beispielsweise sind eine zeitgemäße Ergänzung zu den klassischen Info-Tafeln. Mit ihnen erreicht man auch das Publikum, das mit Smartphone und Tablet aufwächst. Begleitend zu den Informationen zu den jeweiligen Denkmälern und Plätzen können auf einer digitalen Plattform weitergehende Informationen bereitgestellt werden, welche die Informationen auf den Schildern ergänzen, medial erweitern und vertiefen. Hier bestünde zudem die Möglichkeit, lokalen Unternehmen über Werbeeinspieler (QR-Codes) eine Bühne zu bereiten, wodurch zusätzliche Einnahmequellen für das Stadtmarketing generiert werden könnten und der Stadt Wiesbaden, wie auch den Unternehmen selbst Gelegenheit gegeben würde, ihre Wahrnehmung bei den Kundinnen und Kunden zu verbessern.

Die Umsetzung des Konzeptes „Historisches Wiesbaden“ soll langfristig angelegt sein und schrittweise verwirklicht werden, wobei die Finanzierung der Schilder auch durch die Einwerbung geeigneter Fördermittel des Landes sowie durch Patenschaften von Vereinen, Stiftungen, Unternehmen, Privatpersonen usw. erfolgen soll.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die bereits bestehenden städtischen digitalen Angebote zur Geschichte und den Sehenswürdigkeiten der Stadt (z.B. 360 Grad Animationen städtischer Sehenswürdigkeiten auf wi.de etc.) zu bewerten und ggf. in das neue Gesamtkonzept einzubeziehen.
2. diese Angebote zu integrieren in ein Konzept anlehnend am Konzept „Historisches Mainz“, das zum Ziel hat, das Erlebnis im öffentlichen Raum zu stärken und somit die Attraktivität der Wiesbadener Innenstadt für Besucher und Einheimische zu steigern.
3. dass diese digitalen Lösungen den Erlebnischarakter sowohl beim Einkaufen als auch Verweilen und Speisen insgesamt stärken und eine Mischung aus Information und Unterhaltung darbieten, um einen positiven Einfluss auf Handel und Gastronomie ausüben zu können.
4. von Beginn an auch Möglichkeiten vorzusehen, wie man über die Schilder zu weiterführenden, digital bereitgestellten Informationen und Angeboten gelangen kann.
5. im Konzept darzulegen, auf welche Weise durch Patenschaften die Finanzierung einzelner Schilder durch Vereine, Stiftungen, Unternehmen, Privatpersonen usw. erfolgen kann.
6. bei der Entwicklung des Konzepts insbesondere gestalterische Fragen von Infoschildern im Vorfeld mit der Unteren Denkmalschutzbehörde abzusprechen sowie den Schutz der Schilder vor Vandalismus und natürlichen Umwelteinflüssen zu berücksichtigen.
7. als Auftakt an 10 Orten Schilder anzubringen und diese zu finanzieren.

8. 21-F-20-0018

Sachstand zur Beschlussumsetzung Nr. 0008 vom 24.02.2021 (Überprüfung Konsortialvertrag HSK) Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Familie und Kinder (SGI)

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 30.06.2021

Der Zwischenbericht zum Antrag 21-F-21-0006 „Überprüfung Konsortialvertrag HSK“ mit dem Beschluss Nr. 0008 vom 24.02.2021 im SGI lässt einige Fragen offen. So wird beispielsweise zum Beschlusspunkt Nr. 6, der u.a. die Beauftragung eines externen Gutachters zur Versorgungslage an der HSK enthält (siehe dazu den Ergänzungsantrag der als Anlage dem o.g. Beschluss beiliegt), keine Antwort darauf gegeben, ob und wie weit eine Umsetzung vollzogen wurde.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie weit ist die Umsetzung der Beauftragung eines externen Gutachters gediehen? Wenn dies noch nicht geschehen ist, zu begründen warum nicht und wie die Zeitplanung dafür aussieht.
2. Wann der endgültige Bericht zum Antrag 21-F-21-0006 „Überprüfung Konsortialvertrag HSK“ zu erwarten ist?

9. 21-F-20-0017

Ärztlicher Stellenabbau Helios Konzern

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 30.06.2021 -

Nach eigener Aussage plant der Helios Konzern den Abbau von ärztlichen Stellen in seinen Kliniken. Nach Berichterstattung des Wiesbadener Kurier vom 21.06.21 äußert sich der Betriebsrat der Helios Dr. Horst Schmidt Kliniken dazu u.a. wie folgt:

- „In den vergangenen drei Jahren wurde auch ein Drittel der Ärzte in der Kinderklinik abgebaut. Uns interessiert zudem, ob die sechs Kinderärzte, deren Verträge dieses Jahr auslaufen, nachbesetzt werden. Von der Klinikleitung heißt es nämlich, darüber entscheide man bedarfsgerecht. „
- „Unter Helios nimmt die Zahl der ärztlichen Stellen kontinuierlich ab. „
- „Nicht nur die Kinderklinik ist geschrumpft, sondern auch andere Bereiche, wie die Neurologie und Kardiologie. Seit 2015 hat sich die Zahl der Ärzte in der Kardiologie halbiert. Damals hatten wir noch 22 Assistenzärzte - heute noch eine Handvoll. „
- „Die HSK stehen den Patienten nicht nur als Klinik der Maximalversorgung rund um die Uhr zur Verfügung - wir müssen auch Teams für Notfälle bereithalten. Auch wenn diese, wie bei der Feuerwehr, nicht ständig in Anspruch genommen werden. Würde man weiteres Personal abbauen, würden diese Strukturen zusammenbrechen. Bisher klappt es oft nur, indem überplant wird. Immer mehr Bereichen fällt es schwer, arbeitszeitgesetz- und tarifkonforme Dienstpläne aufzustellen. Das scheint die Aufsichtsbehörden aber nicht zu interessieren.“

Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:
 - a) Wie haben sich die ärztlichen Planstellen in der HSK Helios GmbH in der Zeit von 2015 bis heute (aufgeschlüsselt nach medizinischen Bereichen) entwickelt?
 - b) Wie stellt sich die aktuelle Besetzung der oben genannten Planstellen zum jetzigen Zeitpunkt innerhalb der HSK Helios GmbH dar?
 - c) Welche der oben genannten Planstellen werden in den kommenden Monaten durch Kündigungen oder altersbedingtem Ausscheiden vakant und welche Maßnahmen wurden für eine lückenlose Wiederbesetzung ergriffen?
 - d) Gibt es aufgrund der bestehenden Vakanzen im ärztlichen Bereich Engpässe in der medizinischen Versorgung?
 - e) Ist die Erfüllung des Versorgungsauftrages der HSK Helios GmbH durch die bestehenden Vakanzen gefährdet?
 - f) Gibt es bereits Meldungen bzw. Anzeigen bei den Aufsichtsorganen des Landes oder der Stadt aufgrund der bestehenden Vakanzen hinsichtlich beispielsweise einer Nichteinhaltung von Arbeitszeitvorschriften, Erfüllung des Versorgungsauftrages und ähnlichem?
2. Der Magistrat wird gebeten weiterhin gebeten zu berichten, was dieser bisher aufgrund der oben genannten Presseberichterstattung unternommen hat oder gedenkt zu unternehmen.

10. 21-F-55-0024

Sommerzeit auf dem Mauritiusplatz

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 30.06.2021 -

Der Mauritiusplatz ist ein belebter Platz mitten in der Innenstadt Wiesbadens. Sitzmöglichkeiten sind in der Regel, außer bei Regen und Schnee, ausgelastet. Der Platz bietet den Passant*innen eine Aufenthaltsmöglichkeit ohne konsumieren zu müssen. Er ist umrahmt von Gebäuden, darunter mehrere Wohnhäuser, auch in der Mauritiusstraße, die sich zum Platz hin öffnet.

Die städtische WICM hat den Platz für ein Sommerevent vergeben, das den Interessen der bisherigen Nutzer*innen und Anwohner*innen entgegensteht. Die Vorschläge des OBR Mitte zu einer Sommerzeitnutzung sind in der Fachjury nicht berücksichtigt worden, insbesondere wurde der Jury das letztlich vergebene Konzept nicht mehr vorgelegt. Zahlreiche Beschwerden sind bisher eingegangen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen

Der Magistrat wird gebeten sicherzustellen

1. dass die Anwohner*innen vor Lärm geschützt werden, sodass es im Sommer weiterhin möglich bleibt, bei offenen Fenstern in der eigenen Wohnung Ruhe zu finden,
2. sich mit den Anlieger*innen bezüglich ihrer berechtigten Interessen abzustimmen.
3. Auf welcher Grundlage wurde die Entscheidung getroffen, die Vergabe über einen Zeitraum von 5 Jahren durchzuführen und welche Gründe waren für den endgültigen Zuschlag ausschlaggebend?

11. 21-F-20-0014

Zukunft des Standortes der European-Business-School in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 29.06.2021 -

Im Rahmen Ihrer „Zwei-Standorte-Politik“ hat die European-Business-School einen zweiten Standort in Wiesbaden eingerichtet. Diese Standortansiedlung in Wiesbaden umfasst den Zeitraum 2007 bis 2022 und während dieser 15 Jahre erhält die EBS einen jährlichen städtischen Zuschuss. Gemäß der Antwort des Magistrats 19-V-01-0016 vom 29.04.2019 war zum damaligen Zeitpunkt unklar, ob der Standort Wiesbaden über das Jahr 2022 hinaus beibehalten wird.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- a) Wie hoch ist der Gesamtzuschuss, den die Stadt Wiesbaden bis Ende 2022 an die EBS für den Standort Wiesbaden gezahlt haben wird?
- b) Wie viele Studierende waren im Förderzeitraum durchschnittlich am Wiesbadener Campus eingeschrieben und wie viele neue Arbeitsplätze sind direkt durch die EBS-Niederlassung in Wiesbaden entstanden?
- c) Welchen wirtschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Mehrwert konnte die Landeshauptstadt aus der Kooperation mit der EBS gewinnen und mit welchen Kennzahlen wurden diese belegt?
- d) Welche Planungen bestehen bei der EBS bezüglich des Standortes Wiesbaden über das Jahr 2022 hinaus?
- e) Falls der Standort Wiesbaden beibehalten werden soll, ist erneut mit einer jährlichen finanziellen Unterstützung der Stadt Wiesbaden für die Ansiedlung zu rechnen?

12. 21-F-20-0015

Förderprogramm für die Wiesbadener Innenstadt

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 29.06.2021 -

Mit einem neuen Förderprogramm "Zukunft Innenstadt" will das Land die Kommunen bei der Belegung ihrer Ortskerne und Innenstädte unterstützen. In einer ersten Runde stehen 12,25 Millionen Euro bereit.

Nach den Worten des hessischen Wirtschaftsministers stehen in einem weiteren Programm, dem "Neuen Hessenplan" für die Stärkung der Innenstädte bis 2023 bis zu 40 Millionen Euro zur Verfügung. Ziel sei es, lebendige und attraktive Ortskerne und Stadtzentren zu entwickeln oder zu erhalten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, ob die Stadt Wiesbaden an der Interessenbekundung zum Förderprogramm „Zukunft Innenstadt“ mit Frist 30.06.21, teilgenommen hat?
2. wenn ja, wie die Wiesbadener Innenstadt von dem Förderprogramm "Zukunft Innenstadt" gefördert und unterstützt werden kann.

3. zu berichten, ob auch die Ortskerne von Stadtteilen wie beispielsweise Schierstein, Biebrich und Nordenstadt aus dem Programm unterstützt werden können.
4. zu berichten, ob und in welcher Höhe die Stadt Wiesbaden Geld aus dem "Neuen Hessenplan" abrufen.
5. zu berichten, ob die Stadt Wiesbaden auf weitere Förderprogramme des Landes oder Bundes, oder der EU Zugriff hat, die zum Ziel haben die örtliche Wirtschaft oder Gastronomie zu unterstützen.

13. 21-F-20-0016

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 29.06.2021 -

Der Beteiligungsausschuss hat am 28.01.2020 den Magistratsbeschluss Nr. 1047 vom 03.12.2019 zur Kenntnis genommen. Seitdem gab es keine Rückmeldung im Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit (Alte Bezeichnung: Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung).

Der Magistrat wird gebeten:

Den Beschluss des Beteiligungsausschusses Nr. 0023 vom 28. Januar 2020 mit Nachdruck zu verfolgen und dem Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit zu berichten.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit wird ein Hearing zum Thema "Bekämpfung illegaler Beschäftigung bei kommunalen Auftragsvergaben" unter Beteiligung des Hauptzollamtes, der Stabsstelle Schwarzarbeit der Stadt Köln, Vertreter:innen der DGB-Einzelgewerkschaften sowie weiteren fachkundigen Institutionen durchführen.

14. 21-F-72-0002

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 30.06.2021 -

Bund, Länder und Kommunen müssen im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ihre Verwaltungsleistungen auch online anbieten. Festgelegt und in Umsetzung zu bringen bis Ende 2022 sind insgesamt 575 OZG-Leistungsbündel.
(<https://informationsplattform.ozg-umsetzung.de/iNG/app/intro>)

Im Zentrum dieses Projektes steht eine deutlich schnellere, effizientere und nutzerfreundlichere Interaktion zwischen Bürger*innen und Unternehmen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in jeder zweiten Sitzung des Ausschusses, beginnend im September 2021, über den Stand der Umsetzung des OZG in der Wiesbadener Stadtverwaltung zu berichten.

Dabei sollen unter anderem folgende Fragen behandelt werden:

- Welche OZG-Leistungen sind in den einzelnen Dezernaten bereits voll digital verfügbar?
Um welche Leistungen handelt es sich dabei?
- Welche OZG-Leistungen werden prioritär bearbeitet?
- Mit welchen Kooperationspartnern und Dienstleistern wird bei der OZG-Umsetzung zusammengearbeitet und was sind nach Einschätzung des Magistrats die größten Herausforderungen bei der OZG Umsetzung?
- Bei welchen OZG-Leistungen wird eine Umsetzung bis Ende 2022 bereits jetzt als schwierig erachtet und wie könnte eine Lösung dieser Problematik zeitnah herbeigeführt werden?

15. 21-F-20-0019

Aufrechterhaltung des teilstationären Angebotes der DKD im Sinne der Patientinnen und Patienten und Sicherstellung des Gesundheitsstandortes Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 30.06.2021 -

In der DKD Helios Klinik gibt es neben stationärer und ambulanter Versorgung ein tagesklinisches Konzept, das zur teilstationären Versorgung von Patientinnen und Patienten mit komplexem Diagnostik- und/oder Behandlungsbedarf gedacht ist.

Der zugrundeliegende Vertrag wurde 1994 zwischen der DKD Helios und den gesetzlichen Krankenkassen geschlossen und über die Jahre erneuert und angepasst. Diesen Vertrag haben die Krankenkassen zum 31.12.2021 gekündigt. Damit steht nicht nur die tagesklinische Versorgung von erwachsenen Patient*innen mit z.B. neurologischen Erkrankungen wie ALS, Morbus Parkinson und Multipler Sklerose, sondern auch die Kindertagesklinik der DKD vor dem Aus. In der Kindertagesklinik der DKD sind zuletzt im Jahr 2020 rund 850 Kinder behandelt worden.

1990 wurde die Kindertagesklinik der DKD genau deswegen eröffnet, um eine bestmögliche medizinische und zugleich wirtschaftliche Alternative zur kostenintensiveren stationären Aufnahme zu bieten. Heute gewinnen angesichts einer deutlich reduzierten Bettenzahl im stationären Bereich teilstationäre Angebote an Bedeutung. Die Rückkehr zu einem Konzept, das nur eine Wahl zwischen stationärer und ambulanter Behandlung lässt, verhindert solche flexiblen Lösungen.

Mit der Schließung der Tagesklinik ist auch eine Schwächung des Gesundheitsstandorts Wiesbaden verbunden. Die DKD Helios genießt einen sehr guten Ruf und ihr Einzugsgebiet erstreckt sich weit über Wiesbaden hinaus.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Wie schätzt der Magistrat die Auswirkungen der Aufkündigung des Vertrages zur Kostenübernahme der teilstationären Versorgung durch die Krankenkassen für den Gesundheitsstandort Wiesbaden ein, sowie konkret für die betroffenen Patientinnen und Patienten?

16. 20-V-02-8006

**ANLAGE
DL 50/20-4, 47/20-3**

Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 2020 für die Landeshauptstadt Wiesbaden

- Beschluss Nr. 6 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und
Gesundheit vom 11.05.2021 -

17. 21-A-83-0001

Aktueller Sachstandsbericht zum Coronavirus/COVID-19

18. 21-A-83-0002

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

19. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 21-F-08-0018

ANLAGE

Bereitstellung eines Beratungsangebots für Beschäftigte in Homeoffice

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 24.02.2021 -
- Bericht des Dezernates I vom 30.05.2021 sowie ergänzendes Schreiben vom 08.06.2021 -

2. 21-F-21-0006

ANLAGE

Überprüfung Konsortialvertrag HSK

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 11.05.2021 -

3. 21-F-24-0001

**ANLAGE
DL 20/21-1, 19/21-2**

Gründerzentrum im Alten Gericht endlich umsetzen -Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,
Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 3. März 2021-

- Bericht des Dezernates II vom 29.04.2021 -

4. 21-F-58-0002 ANLAGE

Mobile Impfteams in Stadtteilen mit besonderen sozialen Bedarfslagen

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und DIE LINKE vom 11.05.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 07.06.2021 -

5. 21-V-01-0018 DL 24/21-3, 22/21-3

Sachstandbericht zum Vergabeverfahren City-Passage

6. 21-V-02-0003

Erneuerung und Erweiterung der Weihnachtsbeleuchtung

DL 25/21

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 06.07.2021 -

7. 21-V-06-0001

DL 25/21

Verstetigung des Projektes "Arbeit Neu Denken" des Dezernates VI

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 06.07.2021 -

8. 21-V-20-0020

DL 20/21-2

Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 03.05.2021

9. 21-V-21-0003

DL 21/21-7

Digitalisierung - Ausbau elektronischer und webbasierter Bezahlssysteme

10. 21-V-53-0005

Covid-19-Impfzentrum - Rückbau und Verlagerung

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 06.07.2021 -

- Die Unterlagen liegen dem Amt der Stadtverordnetenversammlung noch nicht vor -

11. 21-V-63-0004

DL 23/21-4, 21/21-14

Digitalisierung des Archivs des Bauaufsichtsamtes

12. 21-V-82-0001

DL 20/21-7

Eiszeit Verlängerung

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rottloff
Vorsitzender